

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zl., monatlich 5,36 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 7 Zl., Danzig 8 Zl., Deutschland 2,5 R.-M. — **Einzelnnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. **Gernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die 80 mm breite Kolonnenzeile 80 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 150 Groschen, Danzig 20 Bz., 100 Dg. Bz., Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 %, Aufschlag. — Bei Platzvorrat und schwierigerem Satz 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postfachkonten:** Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 212.

Bromberg, Donnerstag den 16. September 1926.

50. (33.) Jahrg.

Locarno in Kraft!

Die Ratifikations-Urkunden
der Locarno-Verträge in Genf niedergelegt.

Genf, 14. September.

Die an den Verträgen von Locarno beteiligten Mächte, nämlich Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien, Tschechoslowakei und Polen, haben heute vormittag im Generalsekretariat des Völkerbundes die Ratifikationsurkunden zu diesen Verträgen niedergelegt.

An diesem Akt, der sich im Amtszimmer des Generalsekretärs Sir Eric Drummond vollzog, nahmen teil: für Deutschland Reichsaußenminister Dr. Stresemann, für England der Außenminister Sir Austen Chamberlain, für Frankreich Außenminister Briand, für Italien der Delegierte Senator Scialoja, für Belgien Senator de Brouckere, für die Tschechoslowakei Außenminister Benes und für Polen Außenminister Jalecki, die alle von ihren juristischen Sachverwaltern begleitet waren. Nach Prüfung der verschiedenen Urkunden wurde über deren Niederlegung für jeden einzelnen Vertrag ein besonderes Protokoll angefertigt und von den jeweils beteiligten Vertretern unterzeichnet. Nach Abschluß dieser Formalitäten richteten die Delegierten gemeinsam ein Telegramm an den Bürgermeister von Locarno. Mit der Niederlegung der Ratifikationsurkunden sind diese Verträge endgültig in Kraft gesetzt worden.

Mit der Niederlegung der Ratifikationsurkunden durch die Mächte des Locarno-Vertrages ist dieser Gesamtkomplex von Verträgen, der den sogenannten Westpakt, sowie die vier Schiedsverträge zwischen Deutschland einerseits, Polen, Belgien, Frankreich und der Tschechoslowakei andererseits umfaßt, formell in Kraft getreten. Seine praktische Bedeutung wird die Zukunft erweisen.

Der deutsch-polnische Schiedsvertrag,

der uns in erster Linie interessiert, bestimmt vornehmlich, daß in allen Rechtsstreitigkeiten eine Ständige Vergleichskommission zu entscheiden haben wird, deren Spruch mit Stimmenmehrheit gefaßt wird. Kommt es vor dieser Ständigen Vergleichskommission nicht zu einem Vergleich, so kann an den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag, oder an ein Schiedsgericht appelliert werden, das im Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 vorgesehen ist.

Die Ständige Vergleichskommission wird innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Locarno-Vertrages, d. h. bis zum 15. Dezember 1926 bestellt. Sie besteht aus fünf Kommissaren, die in folgender Weise bestimmt werden: Zunächst ernannt die Deutsche und die Polnische Regierung je einen Kommissar, die sich dann beide über die drei anderen Mitglieder, die von verschiedener Staatsangehörigkeit sein müssen, einigen. Aus ihrer Mitte bezeichnen die Deutsche und Polnische Regierung den Vorsitzenden der Kommission. Erfolgt die Berufung der gemeinsam zu bestellenden Kommissare nicht bis zum 15. Dezember, so wird in Ermangelung einer anderen Vereinbarung der Schweizer Bundespräsident ernannt und gebeten werden, die Ernennungen vorzunehmen. Die Kommissare werden für drei Jahre ernannt; ihre Wiederernennung ist zulässig. Stellen, die vor Ablauf dieser drei Jahre durch Todesfall oder Amtsniederlegung frei werden, sind nach dem gleichen Verfahren zu besetzen.

Die Ständige Vergleichskommission ist aber auch für alle Streitfragen zuständig, die keine Rechtsfragen sind, sofern nicht in anderen zwischen Deutschland und Polen geltenden Abkommen ein besonderes Verfahren vorgesehen ist. Wenn der Ständigen Vergleichskommission derartige Streitfragen unterbreitet werden, hat sie die Aufgabe, den Parteien eine annehmbare Lösung vorzuschlagen und jedenfalls einen Bericht zu erstatten. Wenn sich die Parteien nicht innerhalb eines Monats nach Abschluß der Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission verständigt haben, wird die Frage auf Antrag einer der Parteien vor den Völkerbundrat gebracht, der gemäß Art. 15 der Völkerbundsatzung zu bestimmen hat.

Sämtliche Instanzen, deren Vermittlungstätigkeit bzw. deren Richterspruch erbeten wird, nämlich: die Ständige Vergleichskommission, oder der Ständige Internationale Gerichtshof, oder das Schiedsgericht gemäß dem Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907, oder der Völkerbundrat sind in allen Fällen befugt und verpflichtet, vorläufige Maßnahmen zur Sicherung ihres Spruchs zu treffen. Die Deutsche und die Polnische Regierung verpflichten sich, diese Anordnungen zu befolgen und sich jeder Maßnahme zu enthalten, die eine nachteilige Rückwirkung auf die Entscheidungen haben könnte. Generell sagen überdies beide Regierungen zu, daß sie jegliche Handlung vermeiden wollen, die geeignet wäre, die Streitigkeit zu verschärfen oder auszuweiten.

Durch das deutsch-polnische Schiedsabkommen werden nicht die Rechte und Pflichten der vertragschließenden Teile in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Völkerbundes berührt. Der Völkerbund hat immer die Möglichkeit, von sich aus geeignete Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens zu ergreifen. Es ist bemerkenswert, daß sich diese Bestimmung, die dem alten juristischen Grundsatz „ne bis in idem“ widerspricht, nur in dem deutsch-polnischen Schiedsabkommen findet.

Für das deutsch-polnische Verhältnis ist die Zusammenfassung der Ständigen Vergleichskommission, deren Berufung in dem für uns wichtigsten Teil des Locarno-Vertrages geregelt wird, von ausschlaggebender Bedeutung. Trotzdem geben wir uns nach unseren bisherigen Erfahrungen bezüglich des praktischen Wertes dieses Schiedsabkommens keinen überschwenglichen Hoffnungen hin. Das Völkerrecht, das, wie fast in jedem, so auch in diesem Falle ein Recht ohne Exekutive ist, wird nur dann voll zu Worte kommen, wenn beide Parteien willens sind, dieses Recht vollinhaltlich anzuerkennen. Es ist nun besonders tragisch, daß gerade bei Streitfällen zwischen den Staaten der Egoismus stärker zu sein pflegt als der Wille zur Eintracht. Das Prestige — Gefühl eines souveränen Staates hat schon manchem politischen Schiedsmann mehr Hindernisse in den Weg gelegt, als das Selbstgefühl der streitenden Parteien in einem bürgerlichen Schiedsverfahren.

Der Locarno-Geist wird für die Zukunft der deutsch-polnischen Nachbarschaft entscheidend sein, als der Locarno-Vertrag und alle Kommissionen, die von ihm jetzt zwangsläufig ins Leben gerufen werden. Und für die Erwerbung dieses Locarno-Geistes genügt es nicht, daß sich die Staatsmänner in Genf freundlich betonen und gemeinsam den Liebesbecher trinken, die Völker selbst haben durch ihr Verhalten das Zusammenleben mit dem Nachbar zu bestimmen.

Das deutsche und polnische Volk lebt in unserer Heimat seit Jahrhunderten neben- und durcheinander; ihre Streitigkeiten sind gering zu werten neben den langen Perioden guter Nachbarschaft, die das Glück beider Völker erhöhten. Nach eingehender Selbstprüfung kommen wir immer wieder zu dem Schluß, daß auch der heutige Kampf zwischen beiden Nationen, der nichts als Wunden auf deutscher Seite sieht, sich ohne jeden Locarno-Vertrag und ohne jede Schiedskommission besetzen ließe, wenn in sehr maßgeblichen Führungskreisen der westpolnischen Gesellschaft der Locarno-Geist zum Durchbruch käme, der jede Nationalpolitik gegenüber dem Nachbar als eine Verständigung am eigenen Volke betrachten.

Wesentlich ist dies der größte Wert der Genfer Verhandlungen und der Locarno-Verträge, daß sie von neuem das polnische Volk mit dessen einzelnen Mitgliedern wir auf persönlich-freundschaftlichem Fuße stehen, dazu auffordern, sich von gewissen Führern zu befreien, deren „patriotische“ Programme das polnische Haus niemals aufbauen werden, deren Sanktiraden auf die Dächer beider Nachbarn den roten Faden pflanzen und das zerstören, was die gemeinsame Arbeit unserer Väter, bei der den Deutschen nicht die zweite Stelle zukommt, in vorbildlicher Weise aufzubauen wußte.

Genfer Wetterbericht.

Das Programm für die nächsten Tage.

Genf, 15. September. P.M. Das Arbeitsprogramm der Völkerbundversammlung für die nächsten Tage ist folgendes: Am Donnerstag finden die Wahlen für die nichtständigen Sitz im Rat statt, und am Freitag tritt der Rat in seiner neuen Zusammenfassung zusammen. An diesem Tage soll der Bericht des Finanzkomitees in der Frage der Finanzen der Freien Stadt Danzig entgegengenommen und ein endgültiger Beschluß hierüber gefaßt werden. Inzwischen werden die Verhandlungen zwischen der polnischen und der Danziger Delegation über die Zollfragen fortgesetzt.

Der „Petit Parisien“ meldet aus Genf, daß die Sitz im Völkerbundrat in folgender Weise verteilt werden sollen. Einjährige Sitz erhalten Belgien, Uruguay und Lettland, Estland oder Portugal. Zweijährige Sitz: Holland, Columbia, San Salvador, Perien oder China. Dreijährige Sitz: Polen, Rumänien und Chile. Die sogenannte Wiedermählbarkeit soll nur Polen zuerkannt werden.

Bei den Vorberatungen, die gegenwärtig über die Besetzung der nichtständigen Ratsitze geführt werden, zeigen sich beträchtliche Schwierigkeiten über die Zuteilung des Asien zugesprochenen nichtständigen Sitzes, vor allem aber, wenn er in die Kategorie der wiederwählbaren Sitz gehören sollte. In verschiedenen Lagern, vorwiegend in den englischen Kreisen, hält man es für gefährlich, die Hoffnungen Chinas, die im Prüfungsausschuß allgem. gebilligt wurden, im gegenwärtigen Augenblick anstandslos der wirren Verhältnisse in China zu erfüllen. Man fragt sich, ob unter diesen Umständen nicht die Aussicht eines anderen asiatischen Staates, z. B. Persiens, wachse. Viel wird voraussichtlich bei der Lösung dieser heißen Frage von der Haltung und den Wünschen der japanischen Delegation abhängen.

Die nächste Ratsitzung in Berlin?

London, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen englischer Berichterstatter aus Genf verlautet in dortigen diplomatischen Kreisen, die offenbar der englischen Delegation nahestehen, daß erwogen werde, die nächste Sitzung des Völkerbundrats im Dezember in Berlin unter dem Vorsitz des deutschen Außenministers Stresemann abzuhalten.

Das Wahlreglement für die nichtständigen Ratsmitglieder.

Genf, 14. September. (W.B.) Die Verhandlungen des Rechtsausschusses der Versammlung über das Wahlreglement sind heute abend zum Abschluß gekommen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Motta, ist zum Bericht-

Der Stand des Plots am 15. September:

In Danzig: Für 100 Plots 57,40
In Berlin: Für 100 Plots 46,55
(beide Notierungen vorbörslich)

Sancti Polli: 1 Dollar = 8,94
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 9,01.

erstatter ernannt worden und wird morgen, vormittags 10 Uhr, vor der Völkerbundversammlung über das Ergebnis der Kommissionsberatungen berichtet.

Dieses Ergebnis ist, wie erwartet werden konnte, in allen wesentlichen Teilen ein gegenüber der Vorlage der Studienkommission unverändertes. Nur in zwei Punkten sind neue Entscheidungen gefaßt worden, und zwar erstens in bezug auf die Nichtanrechnung der weißen Stimmentzettel entgegen der durch den Unteranschluß für das Wahlverfahren vorgeschlagenen Formulierung, und zweitens durch die Wiedereinführung der sogenannten Kassationsklausel, die heute nachmittag beschlossen wurde. Dabei handelt es sich um die Aufnahme eines norwegischen Antrages durch Loucheur, der die Anwendung des Rechts der Bundesversammlung, das an sich auch bei Wegfall der Kassationsklausel bestanden hätte, durch deren Wiedereinführung formell zu erleichtern wünschte. Mit dieser Wiederherstellung war die Gesamtheit der Kommission einverstanden, da Polen seine Auffassung zu der Frage durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung zum Ausdruck brachte. Man nimmt angesichts dieses Abstimmungsergebnisses an, daß nunmehr in der morgigen Vollversammlung die Rechtsvorlage für die Ratsreform — die Schaffung der drei neuen nichtständigen Sitz ist bereits in der vorigen Woche von der Versammlung angenommen worden — ohne größere Debatte zur Annahme gelangt.

Die Kassationsklausel.

Die sogenannte Kassationsklausel, die jetzt angenommen wurde, zum Erkennen der polnischen Delegation, wurde in der gleichen Form, in der sie in dem Maiprojekt der Studienkommission enthalten gewesen war, als Artikel 3 des Wahlreglements in den Entwurf eingefügt. Der Artikel 3 hat folgenden Wortlaut:

„Ungeachtet der vorübergehenden Bestimmungen kann die Versammlung zu jeder Zeit, und zwar mit Zweidrittelmehrheit beschließen, daß in Anwendung des Artikels 4 des Völkerbundpactes eine Neuwahl aller nichtständigen Mitglieder des Rates vorgenommen wird. In diesem Falle ist es Sache der Versammlung, über die für diese Neuwahlen geltenden Regeln Beschlüsse zu fassen.“

Dem unerwarteten Beschluß der Kommission ist eine lange Debatte vorangegangen, in der der norwegische Antragsteller erklärte, daß der vorgelegte Beschluß unbedingt angenommen werden müsse. Seine Regierung erblickt in diesem Kassationsrecht der Versammlung eine notwendige Gegenmaßnahme gegen die starke Erhöhung der Mitgliederzahl des Rates, der Norwegen nur sehr geringe Zahl ausstellt.

Die Zustimmung Lord Roberts zu diesem Antrag erregte in der Kommission weiterhin kein Aufsehen. Überraschend kam jedoch die Zusage des italienischen Delegierten Scialoja und auch des Franzosen Loucheur.

Während die polnische Delegation der Kassationsklausel nicht zugestimmt hat, kann sie die erste Veränderung betr. die Nichtanrechnung der weißen Stimmentzettel als knappen aber wertvollen Sieg betrachten. Ohne diese Erleichterung bei der Wahl erlitten besonders den Franzosen die Wahl Polens zum nichtständigen Mitglied des Rates noch recht zweifelhaft.

Dr. Kemmerers Mission und die Anleihe.

Warschau, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische „Robotnik“ bringt heute die sensationelle Meldung, daß die Mission Dr. Kemmerers für ihre Arbeiten in Polen von der polnischen Regierung zwei Millionen Dollar erhalten habe. Wie unser Warschauer Vertreter von bestunterrichteter Seite erfährt, entspricht die Meldung keineswegs den Tatsachen. Die Mission Dr. Kemmerers hat nur 150 000 Dollar für den jetzigen, drei Monate währenden Aufenthalt in Polen erhalten. Für seinen ersten Aufenthalt in Polen, im Januar d. J., erhielt Dr. Kemmerer, der damals bekanntlich nur 12 Tage. Natürlich mußte die polnische Regierung auch sämtliche Reisekosten ersuchen. Die Mission Dr. Kemmerers verläßt Polen endgültig, wie bereits gemeldet, am 17. September. Dr. Kemmerer wird morgen dem Ministerpräsidenten einen über 800 Schreibmaschinenseiten umfassenden Bericht über die finanziellen und wirtschaftlichen Lage Polens überreichen. Mit irgendwelchen Anleiheverhandlungen hat die Mission Dr. Kemmerers nicht das Geringste zu tun. Die in der polnischen Presse kürzlich aufgetauchten Gerüchte, daß neue Verhandlungen mit amerikanischem Kapital angeknüpft worden seien, entsprechen nicht der Wahrheit. Mit amerikanischem Kapital will die polnische Regierung überhaupt keine Verhandlungen wegen einer Anleihe führen, da sie die Überzeugung gewonnen hat, daß das Interesse des amerikanischen Kapitals für Polen sehr gering sei. Viel eher hofft man in den Warschauer eingeweihten politischen und wirtschaftlichen Kreisen, eine Anleihe von der Londoner City zu erlangen.

Seit einiger Zeit beschäftigt man sich in Polen sehr eingehend mit der rapiden Kapitalzunahme in Deutschland. Man sagt, daß Deutschland in einigen Monaten genötigt sein werde, seinen Kapitalüberfluß im Ausland unterzubringen. Deutschland werde sich nicht ausschließlich nach Ausland exportieren, es werde vielmehr sein Kapital bei

denjenigen seiner Nachbarn unterzubringen trachten, wo es mit der Anleihe politischen Gewinn zu verbinden hofft. Die wichtigsten Nachbarn Deutschlands in dieser Beziehung seien Polen und Belgien. In Brüssel habe Deutschland bereits eine Anleiheofferte überreicht, die die belgische Regierung zunächst unter dem Druck von Paris zurückgewiesen habe. Doch spreche vieles dafür, daß die Zurückweisung keine endgültige gewesen sei. Man dürfe hier neue deutsch-belgische Verhandlungen erwarten. Werde aber Deutschland bei den Verhandlungen mit Belgien Erfolg haben — und dies ist der Fall, wenn Belgien gegen eine deutsche Anleihe Eupen und Malmédy an Deutschland zurückgibt —, so wird die deutsche Regierung den Moment für gegeben erachten, durch Vermittlung privater Kapitalkreise Deutschlands eine ähnliche Anleihe mit politischen Hintergedanken auch Polen anzubieten. Die politischen Rechtekreise sind zwar vorläufig entschiedene Gegner einer solchen Anleihe für Polen, da aber ihr politischer Einfluß immer geringer wird, so wird man sich im entscheidenden Moment um ihre Meinung wenig kümmern, sondern in dieser Schlüsselfrage Polens einzig und allein die Staatsnotwendigkeit sprechen und entscheiden lassen. Es wurde unserm Warschauer Vertreter angedeutet, daß Polen gegen die Erlangung einer großen Anleihe zu Kompensationen auf anderem Gebiet bereit sein würde. Es wurde ihm aber auch weiter bedeutet, daß alle diese Möglichkeiten sofort zur Seite rücken, wenn es Polen gelingen sollte, eine Anleihe von der Londoner City zu erlangen. Natürlich würde auch die englische Anleihe mit politischen Nebenabsichten verknüpft sein. Ohne eine große Anleihe könne Polen sich nicht erholen. Die Schar derjenigen Sachkenner Polens, die für eine Sanierung durch eigene Kraft eintreten, schrumpfe immer mehr zusammen. Geradezu sensationell wirken die Ausführungen des besten politischen Wirtschafts- und Finanzpolitikers Dr. Rose (Leiter des von dem polnischen Industriellenverband herausgegebenen „Przegląd Gospodarczy“), der vor wenigen Tagen in einem Warschauer Blatte sehr deutlich erklärte, daß Polen ohne ausländische Hilfe nicht gesund werden könne. Bisher war Dr. Rose entschiedener Gegner einer Sanierung durch eine große ausländische Anleihe.

Spanisches.

Todesurteil für einen spanischen Obersten.

Madrid, 15. September. (P.M.) Das Kriegsgericht in Segovia verurteilte den Leiter der dortigen Artillerieschule, einen Obersten, zum Tode, ferner 20 Offiziere zu längeren oder kürzeren Gefängnisstrafen. Auf Vorschlag der Regierung wandelte der König die Todesstrafe für den Obersten in lebenslanges Gefängnis um.

Primo de Rivera zur Tangerfrage.

Paris, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) Primo de Rivera erklärte einem Vertreter des „Petit Parisien“ auf die Frage, ob Spanien seine Marokkzone zu räumen beabsichtige: In einem Augenblick der Verstimmung habe man daran gedacht, doch ist vorläufig davon nicht mehr die Rede. Alles hängt von der Regelung der Tangerfrage ab. Wenn Spanien nicht die Kontrolle über diese Zone erhält, wird Tanger ein Agitationsherd sein und ich bin davon überzeugt, daß in zwei bis drei Jahren ein neuer marokkanischer Aufstand losbrechen wird.

Ein internationaler Vergarbeiterstreik?

Berlin, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldungen des „Vorwärts“ aus Bochum hat der Deutsche Vergarbeiterverband für den 26. September eine Reichskonferenz nach Düsseldorf einberufen, auf der zu dem Beschluß der Exekutive der Vergarbeiterinternationalen über einen Solidaritätsstreik Stellung genommen werden soll.

Nach einer weiteren Meldung des gleichen Blattes aus Amsterdam ist für den 30. September eine Sitzung nach Dordrecht einberufen worden, wo die Vergarbeiter für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen im englischen Bergbaukonflikt eine internationale Streikaktion zur Unterstützung der englischen Vergarbeiter einleiten wollen.

Bilder aus Genfs historischer Woche.

Was der unpolitische Reisende hier sehen und hören kann.

Von George Popoff.

Genf, im September.

Die schwüle Föhnstimmung der vorigen Woche ist gewichen und die angenehmste, erfrischende „Bise“ weht von Norden her, ganz Genf in ein lachendes Reflektbild verwandelnd. Und man nützt diese Günst des Himmels weidlich aus. In Klammern: allen Reisefreudigen, die, neben Sommerfröhen, Berauftrag, Seebädern usw., noch en passant etwas „politische Eindrücke“ aus der Sommerfröhen mitnehmen wollen, sei ein Genfer Besuch aufs nachdrücklichste ans Herz gelegt. Man braucht nur ein- oder zweimal den „Quai“ oder die „Boulevard“ auf und ab zu schlendern und schon wird man vollauf entschädigt. Nämlich Napoleon einst den Marktplatz den „schönsten Salon Europas“, so dürfte es nicht zu viel sein, das heutige Genf den „amüsantesten Boulevard der Welt“ zu nennen. Ganz Genf ist ein einziger Boulevard, überall auf den Straßen wird „flanirt“ und wohin man sich auch nicht begeben, überall trifft man irgend einen gewichtigen Jemand, zu dem „die Welt voll Bewunderung aufzublicken“ gewohnt ist.

Man verlangt nach Beispielen? Ich bitte: wir trinken in der „Regence“, zwischen zwei Völkerverbund-Sitzungen, rauch noch einen Café noir und schon sind wir Zeugen einer kleinen „Weltboulevard-Szene“. Da kommen vier Herren in einer Reihe einhergeschritten, flanieren langsam, ganz langsam Schritte, bleiben stehen, unterhalten sich, lachen, scherzen. Es sind Aristide Briand, Douceur, Paul Boncour, Henry de Jouvenel. Uns imponiert das ja nicht. Gott, wir sehen sie täglich x-mal im Reformationsaal, im Glashaus, in den Salons, in der Halle des Völkerverbundpalais! Aber meine Herren und Damen von der unpolitischen Sommerfröhen, für Sie ist das immerhin eine kleine Sehenswürdigkeit, die um so würdiger des Sehens, da sie nicht im Gebäude verzeichnet ist, in Ihrem Reisetagebuch die aber sehr vorteilhaft, gezeichnet mit drei Sternen, auszeichnen würde.

Ein anderes Beispiel: aus dem Hotel „Beau Rivage“ kommt ein eleganter Engländer geschritten, neben ihm ein baumlauger Jüngling mit einem großen Paden Badegewand unter dem Arm. Der elegante Herr trägt ein Monocle im Auge, hat einen leichten, sorglosen Gang und sucht angeregt mit seinem Spazierstock in der Luft. Der junge Mann sieht sehr à la Eton aus und schaut zu seinem älteren Begleiter etwas herab, denn er ist viel größer von Wuchs als dieser, und die Schritte, die er nimmt, sind auch nicht allzu knapp bemessen. Der Mann mit dem Monocle kommt dennoch gut mit. Aber ganz übel dran sind die drei merkwürdigen Männer, die den beiden Spaziergängern so eilig folgen, daß

Zusammenstöße in Triest.

Triest, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) Zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei auf beiden Seiten von den Feuerwaffen Gebrauch gemacht wurde, kam es zwischen Faschisten und Carabinieri. Zwei Faschisten und ein Carabinieri wurden schwer verletzt. Einer der Faschisten ist seinen Wunden erlegen. Die beiden anderen Verwundeten ringen mit dem Tode.

Belagerungszustand in Triest.

Wien, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Laibach, daß es infolge der Zusammenstöße zwischen Faschisten und Carabinieri zur Verhängung des Belagerungszustandes in Triest gekommen sei. Aus Laibach eingetroffene Reisende teilen mit, daß der Telegramm- und Telefonverkehr einer strengen Zensur unterliege.

Das Problem der nationalen Minderheiten in Polen.

Eine polnische Pressestimme.

In bemerkenswerten Ausführungen beschäftigte sich vor einigen Tagen der halbamtliche „Nowy Kurier Polski“ mit der Frage der nationalen Minderheiten in Polen. Das Blatt vermeldet es, positive Vorschläge zu machen und betont nur, daß das Problem endlich gelöst werden müsse. Es heißt in dem Artikel u. a.:

„Polens Grenzen betragen über 4000 Kilometer, drei Viertel des Grenzgebietes werden von den fünf nationalen Minderheiten bewohnt. Insgesamt betragen die Minderheiten 35 Prozent sämtlicher Bewohner des polnischen Staates. In den Grenzbezirken gehören 90 Prozent der Bewohner der Minderheiten an. Mit dem polnischen Staat sind sie weder durch Nationalgefühl, noch Tradition, noch Kultur verbunden. Damit hängt die Frage der Zukunft und des Bestehens unseres Staates zusammen. Im Vergleich mit der Bedeutung der nationalen Minderheiten treten alle anderen auch noch so wichtigen Fragen und Schwierigkeiten auf den zweiten Plan. Die Polen, die selbst unter Rußland und Preußen gelitten haben, müssen diese Frage am besten verstehen. Doch unsere achtjährige Praxis bestätigt diese Annahme nicht. Man schweigt am liebsten darüber. Inzwischen wird die Frage der nationalen Minderheiten für uns eine Riesengefahr.“

Abermalige Erhöhung der direkten Steuern?

Warschau, 15. September. Wie bereits mitgeteilt, wird sich der Sejm in seiner am 20. September beginnenden Tagung mit dem Budgetprovisorium für das vierte Jahresviertel 1926 befassen. Wie wir erfahren, wird die Regierung im Hinblick auf die Gehaltsforderungen, die die Staatsbeamten angeht, die Aufbesserung der Offiziers- und Unteroffiziersgehälter geltend machen, am 20. September mit einer Vorlage bezüglich der Erhöhung aller direkten Steuern an den Sejm herantreten. Dieser Plan wird dadurch gerechtfertigt, daß die Regierung bei dem augenblicklichen Stande der Besteuerung nicht in der Lage ist, die Beamtengehälter zu erhöhen, was jedoch von der Beamtenchaft in entschiedener Form gefordert wird, wobei sie mit den weitgehendsten Konsequenzen droht.

Republik Polen.

Die Todesurteile in Polen.

Warschau, 15. September. Stiefte Blätter veröffentlichen eine Statistik, nach welcher in Polen im Jahre 1925 die Standgerichte rund 100 Todesurteile gefällt haben, von denen 67 vollstreckt wurden. In 33 Fällen wurden die Verurteilten begnadigt. Die gewöhnlichen Gerichte fällten 52 solcher Urteile, von denen 12 vollstreckt wurden.

Kammermusikabend des Bröder Greulich-Trios.

Nach der langen Sommerpause hat am 13. d. M. der Konzertwinter mit einem verheißungsvollen Vorspiel eingeleitet, einem Kammermusikabend der hier wohlbekannten Triovereinigung der Bröder Greulich. Er ging diesmal nicht von der heiligen Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft aus, sondern galt als Veranstaltung des Wiener Bachvereins, dessen verdienstvoller Leiter bekanntlich der Vater der Triovereinigung ist. Es hat jedesmal wieder neuen Reiz, die musizierenden Brüder vor sich zu sehen, und man denkt der früheren Jahre, wo der vierte Bruder die drei zum Quartett ergänzte oder an Stelle des jüngsten Quartettgenossen der Vater am Cellopult saß. Was aber die Hauptsache ist: diese musikalische Familie leistet wirklich etwas. Der letzte Triovereinigungsabend zeigte das wieder.

Er bot uns in wirksamer Aufeinanderfolge ein neues, ein neuestes und ein altes Werk. Die beiden ersten waren für Bromberg noch unbekannt. Die Zahl der guten Streichtrios ist verhältnismäßig gering; auch hinsichtlich der künstlerischen Bedeutung gilt das Streichtrio im allgemeinen als nicht ganz ebenbürtige Schwester des Streichquartetts, das allerdings bis jetzt die Königin der Kammermusik geblieben ist. Um so verdienstlicher ist es, den Musikfreunden auch einmal jene Seltenheiten vorzuführen.

Gleich das erste Trio, ein Werk (Nr. 76) des Deutsch-Holländers Julius Röntgen, muß als eine wertvolle Bereicherung dieser kammermusikalischen Gattung begrüßt werden. Röntgen, allen Brahmsfreunden bekannt und vertraut, erweist sich auch hier als der erfindungsreiche, bewundertes formenfähige Musiker, der seinen Bach nicht umsonst studiert hat — Johann Sebastian erscheint nicht nur ehrenhalber in der Überschrift eines Satzes, er liegt auch an anderen Stellen des Werkes deutlich hervor —, der aber auch die verwickeltere Gefühlswelt und die reicheren Kunstmittel der neuen Zeit zu schöpferischer Wirkung in sich aufgenommen hat. Als ein Kabinettstückchen innerhalb des abwechslungsreichen Werkes möge der als „altholländisch“ gekennzeichnete Satz hier wenigstens erwähnt werden.

Dem Mittelstück des Abends sah man mit besonderer Spannung entgegen. Paul Hindemith, der viel genannte Reutlinger, uns Brombergern bisher nur durch Klavierstücke bekannt geworden, sollte mit seinem vor zwei Jahren entandenen Streichtrio (Werk 34) zu Worte kommen. Der so etwas wie einen musikalischen Skandal erwartet hatte, erlebte zum Glück eine Enttäuschung. Es ist natürlich unmöglich, über ein mehrstimmiges Kammermusikwerk nach erstmaligem Hören und ohne Kenntnis der Partitur auch nur nach der formalen Seite hin ein begründetes Urteil abzugeben. Nur der erste Eindruck eines unbefangenen Hörers sei hier zusammengefaßt. Manches in dem Trio klingt wenig erfreulich, vor allem die schnellen Sätze — die entsprechenden Abschnitte der Schlusszüge konnte man vielleicht mit Zug als Unzug bezeichnen —; hin und wieder weicht auch Hindemith ohne überzeugenden Grund der Tonart aus und zerstört die bei einem Trio für unsere Begriffe unerläßliche Dreieinigkeit durch eine fast eigenwillig übertriebene Selbstständigkeit in der Führung der drei Stimmen. Daneben aber bleibt doch eine gewisse Gekennzeichnetheit der Form gewahrt, und den langsamen Sätzen kann man melodische Linien und eigenartigen Wohlklang nicht abspüren. Ob solcher Musik die Zukunft gehört oder ob sie, wie schon so manche Reutlinger, Schall und Rauch bleiben wird, das soll man im Voraus nicht entscheiden wollen. Jedenfalls danken wir den Konzertgebern dafür, daß sie den Mut und den Opfermut aufgebracht haben, uns mit dem Streben und Schaffen eines noch unfruchtlichen Zeitgenossen bekannt zu machen.

Leichter hatten sie es in dieser Beziehung bei dem letzten Stück des Abends: Beethovens ewig junger Serenade (Werk 8), einer Ständchenmusik, die als Mutter ihrer Gattung dienen kann. Es erübrigt sich hier, das bekannte, auch bei uns schon mehrmals gehörte Werk näher zu kennzeichnen. Jeder Hörer wird sich wieder an dieser frischen, lustigen, freudigkeit, an dieser Fülle und Innigkeit des Wohlklangs gelabt haben. Um so schmerzlicher empfanden wir es, daß uns die Künstler zwei ganze Sätze vorenthalten haben: das feckzerliche Menuett und das zweite, wehmütige Adagio, das zweimal von einem übermütigen spöttischen Scherzo unterbrochen wird, beides Perlen, die man unter keinem Vorwande aus dem kostbaren Gewebe entfernen sollte. Die Ausführung all dieser Werke stand, wie schon angedeutet, auf rühmender Höhe. Schon die glatte und faubere Bewältigung der technischen Schwierigkeiten dieser Trios stellt eine hervorragende Leistung dar. In dem Wohlklang der Instrumente konnte man namentlich in den

es fast wie laufen aussieht. In ihren Kommisskleidern erkennt man sie unfehlbar als Defektive. Ihre Anwesenheit hat seinen guten Grund, denn der Herr mit dem Monocle ist niemand anderes, als der erste Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Großbritanniens, Sir Austen Chamberlain, und der zu ihm herabstufende Jüngling — sein hoffnungsvoller und lebensfroher Sprößling, Sir Austen begleitet gerade seinen Sohn — zum Schwimmbade, wird sich aber wenige Minuten später in eine Plenarsitzung des Völkerverbundes begeben. Also nur eine kleine „rührende Familienzene“, aber aufgeführt auf dem „amüsantesten Boulevard der Welt“ und, nach Eintragung in das Tagebuch des unpolitischen Reisenden, wert, gleichfalls mit drei vielsagenden Sternen dekoriert zu werden.

Oder noch dieses: ein Journalist (es könnte natürlich ebenso gut auch der auf Sommerreise begriffene Herr Schulze aus Berlin sein...) steht in einem Büchladen und wartet auf den Verkäufer, der gerade in die hinteren Räumlichkeiten verschwunden ist, um nach „etwas Passendem“ zu forschen. In diesem belanglosen Augenblick betreten den Laden — die Ratmitglieder der Tschechoslowakei und Aruquans und der Südamerikaner Signor Alberto Guani — und wenden sich an den nichtahnenden Pressefremden mit der hier etwas unpassenden Frage: „Sagen Sie bitte, was nehmen Sie für ein Hemd nach Maß?“ Es tritt ein Augenblick bellommenen Schweigens ein. Guani denkt — wir sind doch nicht im Glashaus und meine Frage ist doch keine peinliche Interpellation...? Dann aber sagt der als Angeprochene: „Erzählen, ein Journalist, der etwas auf sich hält, macht gelegentlich auch Artikel nach Maß, aber Hemden — — —“ Die französischen Höflichkeitsheterogenen, die hierauf seitens des Diplomaten folgten, überboten die gewöhnlich am Ratstisch ausgetauschten noch um ein Beträchtliches.

Sollte „Herr Schulze aus Berlin“ ein gewandter Mann sein, so dürfte es ihm nicht schwer fallen, selbst in das Völkerverbundgebäude einzudringen und sich dort etwas umzuschauen. Da sieht und hört man doch allerhand, was selbst der „Weltboulevard“ nicht bieten kann. Zunächst in den Pressesälen: ein Tollhaus, welches sich dadurch auszeichnet, daß in jeder gepolsterten Tobstuhlganzelle unlogischer Weise — ein Telefonapparat angebracht ist und die Aufwärtinnen es den Patienten nicht verwehren, wie die Verrückten fortwährend aus den Zellen auszubrechen, um allerdings im nächsten Augenblick vollkommen freiwillig und ohne die geringste äußerliche Zwangsanwendung wieder in ihre Gehäuse hineinzukriechen. Etwas ruhiger benehmen sich die Gattinnen der bedauernswerten Kranken, welche hier öfters zu Besuch erscheinen. Doch auch was diese reden ist für das Ohr des armen „unpolitischen Beobachters“ mitunter nicht weniger verwirrend, als das, was hier seinem Auge geboten wird. Harmlos fragt er eine ziemlich vernünftige aussehende Blondine: „Wie geht es Ihrem Herrn Gemahl, gnädige Frau?“ — „Ach, danke, vor einigen Minuten wurde er leider abgeschnitten, aber jetzt hängt er wieder, Gott sei Dank!“ — „???“ — „Na ja, — an der Wajeler Zeitung...“

In der Wandelhalle, wo Delegierte und Journalisten sich zwanglos treffen, sieht man den berühmten Zeichner Dolbin einige Skizzen entwerfen. Er hat gerade ein interessantes Modell ins Auge gefaßt — Herrn Titulescu, den eminent begabten, aber äußerlich einem gut rasierten Drang-Utang vertauselt ähnlich sehenden Botschafter Rumäniens am Hofe von St. James. Eine Charakteristik, die etwas zu scharf klingen möge, aber sicher keine Intervention der rumänischen Gesandtschaft nach sich ziehen dürfte, stammt sie doch aus Herrn Titulescus eigenem Munde! Wir waren Zeuge, wie er auf unseren Freund, den Zeichner trat und wörtlich folgendes sagte: „Wenn Sie mich wie einen Drang-Utang darstellt haben, so muß es eine gute Zeichnung sein... Zeigen Sie mal her... Bravo, vortrefflich! Sie sind ein Genie!“ Der gute D. sank völlig in sich zusammen; so etwas war ihm zum erstenmal passiert. Denn meistens zeigen sich die porträtierten Staatsmänner recht pikiert, wenn er ihnen ihre schenlich-karikierten Konturen vor die politischen Nasen hält. Was der, gleich allen Künstlern, unendlich unbefangene D. gewöhnlich dadurch autumachen versucht, indem er den Gefräßten mit lästlich-österreichischem Akzent beteuert: „Ich bitt' schön, das ist doch gar keine Karikatur, das ist ja ein Porträt...“

Das Treiben im Reformationsaal pflegt den „unpolitischen Reisenden“ im ersten Augenblick etwas zu verwirren. Wohl werden zur Information des Publikums Pläne des Saales verteilt, auf denen die Plätze der einzelnen Delegierten genau skizziert sind. Aber an Tagen, die nicht gerade „große Tage“ sind, sieht man kaum einen Delegierten auf seinem angestammten Platz. Viele fehlen ganz, einige promenieren von Gruppe zu Gruppe und eilige flüchten auf völlig fremden Bänken. „Wo sitzt Chamberlain?“ fragt der Neuling. „Ja, eigentlich müßte er dort sitzen, aber auf seinen Platz hat sich im Moment Herr Ransen niedergelassen...“ — „Und wessen Bank ist die dort, neben Danemark?“ — „Das ist der Platz Rubas, aber der Mann dort ist nicht Josef Mannel Cortina, sondern Monsieur Douceur.“ — „Und wer ist dieser Herr, der seinen Bleistift in den Mund steckt und zur Pressetribüne hinaufwinkt?“ — „Das ist Jouvenel, der Jules Sauerwein auf diese Art zum Lunch einlädt...“ — „Und wer ist dieser Mann, der dort so fest schläft und dessen Schnarchen bis fast hierher dringt?“ — „Ach, dieser...? Das ist — Stefan Raditsch, es scheint ihm hier nicht interessant genug herzugehen...“

Der „unpolitische Reisende“ pries sein Schicksal — jemand gefunden zu haben, der ihm die nötigen Völkerverbundtexte ins Ohr flüsterte, notierte sich alle Namen eifrig, und als ich nachher hinaufste, da wurde ich gewahrt, daß er mit drei Sternen hatte. So wirkt ein Besuch im Völkerverbundsaal auf verirrte Sommerfröhenler offensichtlich belebend: selbst die harmlossten Gemüter werden hier allmählich von „gesundem politischem Empfinden“ durchdrungen. Darum — auf nach Genf...

Auf vielseitigem Wunsch meiner geehrten Kundschaft führe ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes

Rudolf Hallmich

unter Zuhilfenahme einer erprobten Fachkraft weiter.

Ich bitte höflichst, das uns bisher geschenkte Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen.

Bromberg, den 14. September 1926.

Hedwig Hallmich

Kostüm-Maß-Geschäft

ulica Gdańska 154.

Telefon 1385.

14. Państw. Loteria Klasowa

80000 Lose, 40000 Gewinne u. 1 Prämie

Hauptgewinn 500000 zł

1 Prämie zu 300000 zł

1 Gewinn zu 200000 zł

2 Gewinne zu 100000 zł

5 Gewinne zu 50000 zł etc.

Ziehung I. Kl. 14. und 15. Oktober 1926.

Lospreis von jeder Kl. 1/4 40 zł, — 1/2 20 zł, — 1/4 10 zł.

M. Rejewska, Loterieeinnahme

Bydgoszcz, Dworcowa 17.

Stadtgespräch

Sind unsere billigen Preise:

Strümpfe:

Kinderstrümpfe „Patent“	2.95
Herrenstrümpfe „gefeilt“	1.35
Damenstrümpfe „la Flor“	1.95
Damenstrümpfe „Seidenfärb.“	2.95
Damenstrümpfe „la Ruffelbe“	3.95

Schuhe:

Kinderchuhe „Ladefah“	3.95
Kinderchuhe „braun Boxalf“	4.95
Kinderchuhe „Sandarbeit“	7.95
Damenchuhe „Boxalf“	14.50
Herren-Stiefel „Sandarbeit“	19.50
Damen-Stiefel „la Lad“	21.00
Herrenstiefel „weiß geboppelt“	28.50

Aleider:

Kinderaleider „Rips“	2.95
Kinderaleider „Cheviot“	4.75
Matrosenaleider „la Cheviot“	6.75
Damen-Aleider „Rips“	7.95
Damen-Aleider „Cheviot“	13.50
Damen-Aleider „Popeline“	22.50
Damenaleider „Samt“	38.50

Hüte:

Badfischhüte „Samt“	4.50
Damenhüte „Samt“	7.50
Damenhüte „Glanz“	9.75
Damenhüte „la Samt“	9.75
Damenhüte „la Glatz“	12.50

Mäntel:

Tuchmäntel „braun, schwarz“	38.50
Radommäntel „ganz auf Seide“	38.50
Seidenmäntel „unter Preis“	48.50
Gabardin-Mäntel „ganz auf Seide“	48.50
Samt-Mäntel „Winterware“	68.00
Arimmer-Jacken „Belt-Imitation“	98.00
Seidenplüsch-Mäntel „la Dualität“	168.00

Mercedes, Moskoma 2.

Unser Kinderpuder

ist der beste!

Schwanen-Drogerie Bromberg,
Danzigerstraße Nr. 5.

Handelschule Königsberg i. Pr.

Semesterbeginn 2. November 1926.

Vorlesungsverzeichnis u. Prüfungsordnungen für Diplomprüfungen, kaufmännische Fachprüfung und Erbschaftsprüfung kostenlos zu beziehen von der Geschäftsstelle.

Haushaltungsschule und Pensionat

Janowicz (Janowicz), Kreis Jmm.

Staatlich konfessionierte Anstalt.

Unter Leitung geprüfter Fachlehrerinnen.

Gründliche praktische Ausbildung in Koch-,

Back- und Tortenbäckerei, Einmachen, Schnei-

den, Weißnähen, Handarbeiten, Wäschebehand-

lung, Glanzplätten, Hausarbeit.

Daneben theoretischen Unterricht von

staatlich geprüften Fachlehrerinnen, auch im

Polnischen. Abschlußzeugnis wird erteilt.

Eigenes schön gelegenes Haus mit großem

Garten.

Beginn des Halbjahresstudiums: Dienstag,

den 5. Oktober 1926.

Pensionspreis einschließl. Schulgeld: 100.—

zloty monatlich.

Prospecte versendet und Anmeldungen

nimmt entgegen die Schulleiterin

Erna Lehning.



Kinderwagen

in großer Auswahl

T. Bytomski,

Dworcowa 15 10106

Schneiderin

empfiehlt sich 6449

P. Zietarski, Wind-

mühlentstraße 9.

Gebr. Schlieper, Gdańska 99

10724

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

10706

